

Energie: Wegen besserer Auftragslage wird im Dezember wieder voll gearbeitet, im Januar wird die Maßnahme reduziert

Alstom fährt Kurzarbeit wieder zurück

Von unserem Redaktionsmitglied
Matthias Kros

MANNHEIM. Weil sich die Auftragslage schneller verbessert als erwartet, lockert Alstom in seinem Mannheimer Werk die Kurzarbeit. Das bestätigte ein Unternehmenssprecher gestern. Im laufenden Dezember sei die Maßnahme vollständig ausgesetzt worden, im Januar werde nur noch in Teilen der Turbinenproduktion kurzgearbeitet. Die rund 150 Mitarbeiter der Mechanik, dem größten Bereich dieser Fertigung, sollen dann beispielsweise überhaupt nicht mehr betroffen sein. Wie es im Februar weitergehe, stehe noch nicht genau fest.

Mitarbeiter auf Baustellen

Bei Alstom gilt seit Anfang September für die rund 400 Mitarbeiter der Turbinenproduktion Kurzarbeit. Die Maßnahme wurde wegen der schwachen Auftragslage für die vom Gesetzgeber maximal vorgesehene Dauer von sechs Monaten beantragt. Nicht betroffen sind die Bereiche Service und Engineering. „Der Standort besteht nicht nur aus der Produktion“, stellt Arbeitsdirektor Walter Grödl klar. „Wir haben erfolgreiche Geschäftseinheiten im Dampfturbinenbereich und Service, die was die Mitarbeiterzahlen angeht, 75 Prozent des Standortes ausmachen und gut ausgelastet sind. Im Engineering stellen wir sogar zusätzliche Ingenieure ein“. Insgesamt sind bei Alstom in Mannheim über 2000 Menschen beschäftigt.

„Wir werden in der Turbinenproduktion aber auch 2013 nicht voll-



Von Alstom in Mannheim gab es zuletzt wieder bessere Neuigkeiten.

BILD: DPA

ständig ausgelastet sein“, so Grödl. Doch die Auftragslage mit Gas- und Dampfturbinen, vor allem aus dem Ausland, hätte zuletzt für eine spürbare Verbesserung am Standort gesorgt. Geplant sei außerdem, dass nicht voll ausgelastete Produktionsmitarbeiter verstärkt auf den verschiedenen Kraftwerksbaustellen mitarbeiten sollen. Das war auch bislang schon der Fall, etwa beim

Kraftwerksneubau „Block 9“ des Mannheimer GKM, für das Alstom Turbine, Generator und Dampfkessel liefert.

Alstom hatte zuletzt gleich mehrere gute Nachrichten parat. Erst in der vergangenen Woche vermeldete das Unternehmen einen Vertrag mit dem Kölner Energieversorger Rhein-Energie über den Bau eines 450 Megawatt Gas- und Dampfturbinen-

kraftwerks. Und seit dieser Woche steht fest, dass in Mannheim erstmals zwei sogenannte solarthermische Turbinen konstruiert und gebaut werden. Sie sind für ein solarthermisches Kraftwerk in Kalifornien mit einer Leistung von 350 Megawatt bestimmt, in dem Sonnenstrahlen in Wärme umgewandelt werden. Der entstehende Dampf treibt dann eine spezielle Turbine

Bewährte Maßnahme

■ Kurzarbeit ist die vorübergehende Verringerung der regelmäßigen Arbeitszeit in einem Betrieb. Sie soll dazu dienen, vorübergehende Auftragsflauten ohne Kündigungen zu überbrücken.

■ Für die betroffenen Mitarbeiter ändert sich dadurch zunächst nicht viel. Der Verdienstaufschlag wird teilweise durch das Kurzarbeitergeld der Arbeitsagentur ausgeglichen.

■ Die Bundesregierung gab kürzlich Forderungen aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften nach – und verlängert das Kurzarbeitergeld von sechs auf zwölf Monate. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will zeitnah „eine entsprechende Verordnung“ auf den Weg bringen.

an, die von Alstom in Mannheim kommen soll.

Trotz der Entspannung müssen sich die Mitarbeiter aber auch auf neue Veränderungen einstellen: „Wir müssen unsere Prozesse permanent überprüfen, denn alle Bereiche werden immer unter großem Konkurrenzdruck stehen“, sagt Adolf Roesch, Vorsitzender der Geschäftsführung der Alstom Power GmbH. Sowohl intern im Wettbewerb mit anderen Alstom-Standorten als auch extern. Neben den etablierten Anbietern drängten neue Hersteller etwa aus China mit teils aggressiver Preispolitik auf den Markt. „Diesen Veränderungen müssen wir uns stellen“, so Grödl.

Industrie: Betriebe gehen seltener ins Ausland

Qualität statt Kostenflucht

DÜSSELDORF. Deutsche Unternehmen verlagern ihre Produktion seltener ins Ausland. In den vergangenen zwei Jahren wanderten acht Prozent der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe ab. 2008/09 lag die Quote noch bei neun Prozent, im zweijährigen Erhebungszeitraum davor sogar bei 15 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Fraunhofer-Instituts und der Hochschule Karlsruhe im Auftrag des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), die gestern in Düsseldorf vorgestellt wurde.

Das Ergebnis zeige, dass der Standort Deutschland wieder stärker als Wettbewerbsvorteil gelte, sagte Steffen Kinkel von der Hochschule Karlsruhe. Qualität, Qualifikation der Mitarbeiter und Innovationskraft des Standortes hielten die Unternehmen offensichtlich von einer „Kostenflucht“ ab.

„Made in Germany“ zählt

Das zeige auch die hohe Zahl der Rückkehrer: Auf jeden vierten Betrieb kommt laut Studie einer, der seine Produktion aus dem Ausland wieder nach Deutschland zurückverlagert. Als Gründe für die Rückkehr nennen 59 Prozent der Betriebe Flexibilitätseinbußen im Ausland, über die Hälfte der Rückkehrer (52 Prozent) beklagt Qualitätsprobleme bei der ausländischen Produktion.

Die Unternehmen unterschätzen häufig die Risiken kostengetriebener Verlagerungen, erläuterte Kinkel. VDI-Präsident Bruno Braunschlag folgte: „Made in Germany schlägt Low Cost“. dpa

Kreuzfahrten

Wegen Aschewolke Kündigung zulässig

KARLSRUHE. Reisende können den Vertrag über eine Kreuzfahrt kündigen, wenn die Flüge zum Startpunkt wegen eines behördlichen Flugverbots gestrichen werden. Das entschied der Bundesgerichtshof gestern und gab damit einem Passagier recht, der 2010 wegen der Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull nicht zu seiner gebuchten Kreuzfahrt in die Karibik fliegen konnte (Az. X ZR 2/12). In solchen Fällen könne der Reisevertrag wegen „höherer Gewalt“ gekündigt werden, urteilte der BGH. „Hier konnte die Kreuzfahrt als solche zwar durchgeführt werden, an ihr teilzunehmen war den Reisenden jedoch offensichtlich nicht möglich.“ dpa

Biotechnologie: Erstes Treffen der Einigungsstelle im Januar / 65 Arbeitsplätze sollen wegfallen / Betriebsrat erhebt Vorwürfe gegenüber Management in Nußloch

Auseinandersetzung bei Leica spitzt sich zu

Von unserem Redaktionsmitglied
Alexander Jungert

NUSSLOCH. Sie schreien und pfeifen. Die Mitarbeiter von Leica Biosystems sind enttäuscht. Enttäuscht von den Plänen ihres Arbeitgebers, einen Teil der Produktion nach Shanghai zu verlagern. Bis zu 65 Menschen könnten ihren Job verlieren, rund ein Fünftel der gesamten Belegschaft in Nußloch. Wohl fast alle Betroffenen sind vor dem Rathaus versammelt. „Setzt unsere Zukunft nicht aufs Spiel“ steht auf breiten Transparenten.

Bei Leica beginnen die entscheidenden Wochen. Schon im Juli hatte das Management angekündigt, Ar-

beitsplätze am Standort abzubauen. Seither gab es Verhandlungen mit dem Betriebsrat. Allerdings fanden beide Parteien keine Lösung. Jetzt ist der Stellenabbau Fall für eine Einigungsstelle. Wohl im Januar tagt sie zum ersten Mal. Zu ihr gehören jeweils vier Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Dazu ein Vorsitzender. Im Februar oder März könnte ein Ergebnis feststehen.

Ziel ist es, einen Sozialplan aufzustellen, der unter anderem Abfindungen für entlassene Mitarbeiter regelt. Zudem soll es eine Standort-sicherung geben, sagt Manfred Hoppe, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Heidelberg. Denn die Gewerkschaft befürchtet, dass langfris-

tig das gesamte Werk in Nußloch verschwindet. Leica weist das zurück. „Es gibt keine Pläne, den Standort zu schließen“, sagt Thomas Frei, einer der drei Geschäftsführer.

Gewerkschaft und Betriebsrat kritisieren die geplante Verlagerung. Schließlich liefen die Geschäfte in Nußloch prächtig. Geschäftsführer Frei hingegen blickt auf den immer schwächeren europäischen Markt – während der asiatische seinen Angaben nach wächst. Deshalb erforderten die Kunden- und Marktbedürfnisse eine Produktion vor Ort.

Im Unternehmen scheinen die Fronten verhärtet zu sein. Für das Scheitern der Verhandlungen, was letztlich zur Einigungsstelle beim Ar-



Mitarbeiter von Leica demonstrieren gegen den Stellenabbau.

BILD: JUNG

beitsgericht geführt hat, weisen sich Leica und Arbeitnehmervertreter gegenseitig die Schuld zu. Der Betriebsrat wirft dem Management zudem vor, seine Arbeit zu behindern. So etwas habe er noch nicht erlebt, sagt Hoppe von der IG Metall. Leica winkt ab. „Ich kann diesen Vorwurf nicht verstehen. Wir haben dem Betriebsrat immer wieder konstruktive Vorschläge gemacht“, erklärt Geschäftsführer Frei.

Leica (hat mit dem Kamerahersteller übrigens nur den Namen gemein) fertigt Präzisionsinstrumente für Gewebeuntersuchungen und gehört zur deutschen Leica Microsystems, die auch einen Sitz in Mannheim hat.



Schöne
Weihnachten

Verschenken
Sie Lesefreude



Überraschen Sie einen besonderen Menschen und verschenken Sie 2 Monate lang Ihre Tageszeitung zum Leser-Vorzugspreis von monatlich nur 12,- Euro.

Jetzt bestellen unter
Telefon 08 00/900-20 00 (kostenfrei).

